



PRESSEMITTEILUNG

Nr.234/GP

17.11.2016

Huml will Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken - Bayerns Gesundheitsministerin: ÖGD-Mediziner haben Herausragendes auch bei Flüchtlingen geleistet

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml will den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) im Freistaat weiter stärken und ausbauen. Huml betonte am Donnerstag anlässlich einer Tagung des Ärzteverbands Öffentlicher Gesundheitsdienst Bayern e.V. in Bamberg: "Die Ärztinnen und Ärzte des ÖGD in Bayern nehmen eine unverzichtbare Rolle in unserem Gesundheitswesen ein. Sie kümmern sich engagiert um den Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung, aber auch um deren Gesundheitsvorsorge und -versorgung. Deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, den ÖGD in Bayern und vor allem seine Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu stärken, um mehr junge Ärzte für die Arbeit im öffentlichen Gesundheitsdienst zu gewinnen."

Die Gesundheitsminister der Bundesländer haben in der 89. Gesundheitsministerkonferenz (GMK) im Juni 2016 diverse Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung des ÖGD beschlossen, so etwa die Anlehnung der tarif- und besoldungsrechtlichen Regelungen an die Vergütungen in den Krankenhäusern. Die Ministerin unterstrich: "Dies kann ein Schritt in die richtige Richtung sein. Denn klar ist: Wir stehen im Wettbewerb um die besten Ärztinnen und Ärzte gegen die Konkurrenz aus den Kliniken, Praxen und der Industrie."

Huml fügte hinzu: "Ich bin der festen Überzeugung, dass der ÖGD bereits in der universitären Ausbildung von angehenden Ärzten eine größere Rolle einnehmen muss. Wir brauchen eine bessere Zusammenarbeit in Forschung und Lehre. Deshalb muss der Themenschwerpunkt 'Öffentlicher Gesundheitsdienst' auch an den Universitäten strukturell verankert werden. Das haben wir auch in der GMK vorgeschlagen."

Die Ministerin erläuterte: "Aufgrund der gestiegenen Herausforderungen an den ÖGD müssen wir weitere Ärztinnen und Ärzte gewinnen. Nicht zuletzt aufgrund der vielen Asylsuchenden, die im vergangenen Jahr zu uns gekommen sind, ist der Staatsregierung bewusst, dass wir deutlich mehr Ärzte brauchen."

Im Nachtragshaushalt konnte die Gesundheitsministerin fast 100 zusätzliche Arztstellen durchsetzen. Huml fügte hinzu: "Ohne unseren schlagkräftigen ÖGD hätten wir die Organisation der Gesundheitsuntersuchungen, die Durchführung von Impfungen und anderen Infektionsschutzmaßnahmen sowie die Unterstützung beim



Aufbau der medizinischen Versorgung der Asylbewerber nicht gewährleisten können.“

Die Ministerin hob hervor: "Unsere Ärztinnen und Ärzte haben hier Herausragendes geleistet. Durch ihre große Flexibilität und ihr Organisationsgeschick konnten wir in Bayern erreichen, dass die vorgeschriebenen Gesundheitsuntersuchungen zuverlässig und zeitgerecht durchgeführt werden. Ihnen ist es gelungen, in kürzester Zeit eine komplexe Infrastruktur für die Gesundheitsuntersuchungen und Gesundheitsschutzmaßnahmen bei Asylsuchenden in allen Landkreisen aufzubauen! Dafür gebühren ihnen Dank und Anerkennung."

Der Ärzteverband Öffentlicher Gesundheitsdienst Bayern e.V. ist die gewählte Interessenvertretung der angestellten und verbeamteten Ärztinnen und Ärzte, die im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Bayern tätig sind. Derzeit hat der Verband rund 200 Mitglieder.